

Die Antwort der FDP traf per Mail ein. Hier eine Kopie. Grafische Gestaltung einschließlich Farbgebung sind aus dem Original übernommen.

Von: programm@fdp.de <programm@fdp.de>

Gesendet: Dienstag, 21. September 2021 09:02

An: info@uokg.de

Betreff: Ihre Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2021

Sehr geehrter Herr Baumgart,

haben Sie vielen Dank für die Übermittlung Ihrer Wahlprüfsteine anlässlich der Bundestagswahl 2021.

Wir freuen uns sehr über Ihr Interesse an den Positionen der Freien Demokraten und nehmen zu Ihren Fragen beziehungsweise Forderungen gerne Stellung.

Im Folgenden übermittle ich Ihnen im Namen der Freien Demokraten unsere Antworten:

Welche politischen Entscheidungen auf Bundesebene halten Sie in der nächsten Legislaturperiode für nötig, um die Lage der Opfer der SED-Diktatur zu verbessern? Welche Opfergruppen stehen für Sie dabei im Vordergrund?

Die Aufarbeitung und Vermittlung des Unrechts der DDR bleibt eine kontinuierliche Aufgabe. Wir erachten die Entbürokratisierung der Verfahren zur Rehabilitation, insbesondere im Bereich der Begutachtung von gesundheitlichen Langzeitfolgen für wichtig. Den Schritt, den wir bei den Opfern des Jugendwerkhof Torgaus gingen, den sollten wir auch bei anderen Opfergruppen gehen.

Die Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag hat in einem Antrag zu „**30 Jahre Friedliche Revolution – Errungenschaften von Freiheit und Rechtsstaatlichkeit**“ (BT-Drs.- 19/10614) eingebracht, um den Opferbelangen durch Entfristung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze, insbesondere den drei Rehabilitierungsgesetzen (StrRehaG, VwRehaG, BerRehaG), gerecht zu werden. Die Fraktion der Freien Demokraten hat zudem in einem Änderungsantrag in der 19. Wahlperiode gefordert, die Opferrente zu erhöhen und regelmäßige Überprüfung der Angemessenheit zu forcieren (vgl. **Änderungsantrag zum Entwurf eines**

Sechsten Gesetzes zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR (BT-Drs.-19/14429).

Unterstützen Sie die Schaffung eines nationalen Kompetenzzentrums für gesundheitliche Langzeitfolgen von SED-Unrecht, um verfolgungsbedingte Schädigungen aus der SED-Diktatur in versorgungsrechtlichen Verfahren präziser erfassen und angemessener berücksichtigen zu können?

Wir begrüßen die Einrichtung des interdisziplinären Verbundes zur Erforschung von gesundheitlichen Schädigungen bei Opfern der SED-Diktatur, der im Juli 2021 geschaffen wurde. Betroffene erfahren auch heute noch ein weiteres Unrecht durch nicht sachgemäße Beratung, Behandlung und Begutachtung. Es ist notwendig, dass die Ergebnisse der Forschung zügig für die Verbesserung der Begutachtungsverfahren genutzt werden. Forschung zum Thema SED-Unrecht ist dauerhaft fortzusetzen. Es gibt immer noch blinde Flecken. Eine stärkere Vernetzung der Forschungsgebiete – wie beim oben genannten Forschungsverbund – ist umso wichtiger (vgl. „30 Jahre Friedliche Revolution – Errungenschaften von Freiheit und Rechtsstaatlichkeit“ (BT-Drs.-19/10614).

Sind Sie dafür, dass jeder aus dem Sperrgebiet an der innerdeutschen Grenze Zwangsausgesiedelte für den durch die Vertreibung zu Unrecht erlittenen seelischen Schaden eine angemessene, einmalige finanzielle Zuwendung bekommt?

Wir Freie Demokraten haben großes Verständnis für die erlittenen seelischen Schäden der Menschen im ehemaligen Sperrgebiet der innerdeutschen Grenze, die politisch motiviert ihre Heimat verlassen mussten und sich daran anschließend staatlich organisierten Repressionen und Schikanen ausgesetzt sahen.

Verschiedene Studien haben zweifelsfrei ergeben, dass in der DDR politisch Gefangene Zwangsarbeit haben leisten müssen. Werden Sie die Initiative ergreifen, damit Politik und Wirtschaft die Zwangsarbeit sich in angemessener Weise an einer Wiedergutmachung beteiligt?

Wir begrüßen ausdrücklich, dass einzelne Firmen ihre DDR-Zwangsarbeitergeschichte aufarbeiteten. Wir haben uns schon vor Jahren

dafür eingesetzt. Wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, die Firmen zu ermutigen, ihre Vergangenheit im engen Kontakt mit den Opferverbänden aufzuarbeiten.

Wir meinen, die Haftzwangsarbeit – auch und insbesondere von politischen Häftlingen – ist vermehrt in den öffentlichen Diskurs zu setzen und darauf aufmerksam zu machen, dass Haftarbeit in der praktizierten Form Gefahren für Leib und Leben sowie psychische und soziale Folgen bedeuten konnten.

Was werden Sie unternehmen, um die durch das Rentenüberleitungsgesetz entstandenen Benachteiligungen für Übersiedler und Flüchtlinge aus der DDR in die Bundesrepublik zu beseitigen?

In den vergangenen Jahren haben wir Freie Demokraten die Bundesregierung mehrfach aufgefordert, die im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD enthaltene Zusage „Für Härtefälle in der Grundsicherung im Rentenüberleitungsprozess wollen wir einen Ausgleich durch eine Fondslösung schaffen. Entsprechendes wollen wir auch für die Gruppe der Spätaussiedler und der jüdischen Kontingentflüchtlinge prüfen.“ umzusetzen (vgl. „[Alterssicherung jüdischer Kontingentflüchtlinge verbessern](#)“ BT-Drs.-19/7854). Leider hat die Koalition ihren Worten bisher keine Taten folgen lassen.

Wie werden Sie sich dafür engagieren, dass in der nächsten Legislaturperiode der Beschluss des Deutschen Bundestages zur Errichtung eines nationalen Mahnmals für die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft vom 13. Dezember 2019 auch zeitnah umgesetzt wird?

Der Errichtung des Mahnmals hat die Fraktion der Freien Demokraten zugestimmt. Wir werden uns für eine zeitnahe Umsetzung einsetzen, um die Opfer zu würdigen.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Institutionen der DDR-Aufarbeitung und Opfervvertretungen von nationaler Bedeutung finanziell langfristig und stabil gefördert werden?

Wir Freie Demokraten werden uns dafür einsetzen, dass die zivilgesellschaftlich getragenen Institutionen einen passenden Rahmen für ihre Arbeit erhalten. Die Fraktion der Freien Demokraten forderte zudem im Antrag „Digitalisierung der Archive der DDR-Opposition“ (vgl. [BT-Drs.-19/14728](#)), die Robert-Havemann-Gesellschaft e.V. als Institution der DDR-Aufarbeitung in eine institutionelle Förderung des Bundes zu überführen.

Werden Sie sich für Investitionen einsetzen, dass die in das Bundesarchiv übernommenen Stasiakten in ausreichendem Maße erhalten, gesichert und rekonstruiert werden und der Zugang nach dem Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG) weiter gewährleistet wird.

Sowohl für den Erhalt der Unterlagen als auch deren Nutzung ist für uns die Digitalisierung der Schlüssel. Wir sehen dies als einen wichtigen Schritt für die Zukunft, dass die Akteneinsicht digital möglich ist. Ganz gleich, ob sich der Nutzer in Konstanz, Flensburg oder Cottbus befindet. Die Digitalisierung schafft einen Zugang zu den Akten – ortsunabhängig und bestandsschonend. Denn durch diese können sowohl die in den Unterlagen enthaltenen Informationen über lange Zeit gesichert, als auch ein niedrighschwelliger Zugang zu den Unterlagen für Bürgerinnen und Bürger ermöglicht werden. In diesem Zusammenhang ist es für uns besonders wichtig, dass die im Gesetz neu verankerte Möglichkeit der Akteneinsicht an den westdeutschen Standorten des Bundesarchivs zeitnah für die Opfer in Praxis umgesetzt wird.

Die Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag hat dies in ihrem Antrag „Digitalisierung der Archive der DDR Opposition“ (vgl. BT-Drs.-19/14728) für die Archive der Zivilgesellschaft zum Ausdruck gebracht. Denn neben der staatlichen Überlieferung, wie etwa durch die Stasi-Unterlagen, nimmt die Überlieferung der DDR-Opposition eine zentrale Funktion bei der wissenschaftlichen Erforschung der DDR-Geschichte ein.

Lassen Sie uns dazu auch nach der Bundestagswahl im Gespräch bleiben.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr



Dr. Volker Wissing
Generalsekretär

Freie Demokratische Partei
Hans-Dietrich-Genscher-Haus
Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin

T: 030 284958-261
programm@fdp.de
www.fdp.de

Datenschutzhinweis: Die Freie Demokratische Partei (FDP) e.V. (Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin, Tel: +49-30-2849580, info@fdp.de) verarbeitet Ihre personenbezogenen Daten zur Beantwortung Ihrer Fragen und, um mit Ihrem Verband bzw. Ihrer Organisation im inhaltlichen Austausch zu bleiben. Mehr Informationen zum Datenschutz, insbesondere zu Ihren Betroffenenrechten, finden Sie unter: <http://fdp.de/dsgvo-informationen>.